

Germany-Munich: Engineering services

OJ S 170/2023 05/09/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Südbayern

Postal address: Seidlstraße 7-11

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80335

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle

E-mail: vergabe.suedbayern@autobahn.de

Internet address(es):

Main address: <https://www.autobahn.de>

Address of the buyer profile: <https://www.autobahn.de>

I.2. Information about joint procurement

The contract is awarded by a central purchasing body

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-18a4a7ea3b2-49974142ace7d824>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://vergabe.autobahn.de>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Die Autobahn GmbH des Bundes

I.5. Main activity

Other activity: Planung, Bau, Betrieb und Erhaltung von Bundesautobahnen

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

A3 BW48 Donaubrücke Sinzing - Planungsleistung Ersatzneubau

Reference number: A0101130005

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

A3 BW48 Donaubrücke Sinzing - Planungsleistung Ersatzneubau

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services, 71327000 Load-bearing structure design services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Südbayern
Seidlstraße 7-11 80335 München Deutschland

II.2.4. Description of the procurement

Die A 3 ist eine der wichtigsten deutschen Autobahnen und mit knapp 780 km Länge die zweitlängste Autobahn

Deutschlands. Sie verknüpft das Rhein-Main-Gebiet mit Österreich und Südosteuropa.

Überdies ist die A 3 eine

bedeutende Lebensader Regensburgs: Handel und Gewerbe, Industriebetriebe, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen befinden sich beidseits der Autobahn.

Die A 3 Nürnberg - Passau ist bereits heute stark belastet. Speziell im Einzugsgebiet des Regionalzentrums

Regensburg überlagert sich der Fernverkehr mit dem städtischen Verkehr und dem starken Stadt-Umland-Verkehr.

Seit 1990 hat sich der Verkehr auf dem zu beplanenden Streckenabschnitt nahezu verdoppelt. Aufgrund der

dynamischen Entwicklung des Regionalzentrums Regensburg treten durch die Überlagerung von Fern- und

Regionalverkehr in den Spitzenstunden bereits heute kapazitätsbedingte Behinderungen des Straßenverkehrs auf.

Die Auftraggeberin (AG), Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Südbayern, Außenstelle Regensburg

plant den "6-streifigen Ausbau der A 3 Nürnberg - Passau zw. westlich der AS Nittendorf und dem AK Regensburg".

In diesem Zuge ist beabsichtigt, auch das betroffene Bauwerk zu erneuern. Ziel des Gesamtprojektes ist es, die A 3

für den absehbaren Verkehrsbedarf leistungsfähig auszubauen.

Die Donaubrücke Sinzing (BW 48) liegt im Planungsumgriff des 6-streifigen Ausbaus der A 3 Nürnberg - Passau im

Streckenabschnitt westlich der Anschlussstelle (AS) Nittendorf und dem Autobahnkreuz (AK) Regensburg. Der

vorgesehene Ausbau verläuft auf einer Länge von 12,75 km von Str.-km 478+500 bis Str.-km 491+250. Da sich die

Donaubrücke Sinzing in einem schlechten baulichen Zustand befindet, soll diese im Zuge des A 3 Ausbaus im vorgezogenen Bauabschnitt AS Sinzing - AK Regensburg geplant und gebaut werden. Die bauliche Durchführbarkeit der Maßnahme unter Aufrechterhaltung des Verkehrs ist bei der Planung besonders zu berücksichtigen. Die entsprechende Planung zur Verkehrsführung während der Bauausführung wird durch das Gesamtprojekt "6-streifiger Ausbau AS Nittendorf - AK Regensburg" erbracht. Hierfür sind entsprechende enge Abstimmungen während des Planungsprozesses nötig. Ein wichtiger Teil der Planung ist die Demontage der Bestandsbrücke. Hier müssen vor allem die Belange der DB und der WSA-Donau-MDK berücksichtigt, sowie eine Beeinträchtigung der angrenzenden FFH-Gebiete vermieden werden. Deshalb müssen die Planungen in enger Abstimmung mit den jeweiligen Beteiligten durchgeführt werden. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 ff. der HOAI und die Fachplanung Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff. der HOAI des gegenständlichen Ingenieurbauwerks BW 48 Donaubrücke Sinzing über das Donautal und Bahnstrecke 5851 Regensburg - Ingolstadt

- Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 ff. HOAI, Lph. 1-6
- Fachplanung Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff. HOAI, Lph. 2-6

Ein Großteil der Leistungen ist unter Anwendung der BIM-Methodik umzusetzen. Die Beauftragung erfolgt für alle Leistungsbilder stufenweise wie im Folgenden aufgeführt: Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 ff. HOAI:

- Leistungsstufe 1: Grundlagenermittlung (Lph. 1), Vorplanung (Lph. 2)
- Leistungsstufe 2: Entwurfsplanung (Lph. 3)
- Leistungsstufe 3: Genehmigungsplanung (Lph. 4), Vorbereitung der Vergabe (Lph. 6)
- Leistungsstufe 4: Ausführungsplanung (Lph. 5)

Fachplanung Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff. HOAI:

- Leistungsstufe 1: Vorplanung (Lph. 2)
- Leistungsstufe 2: Entwurfsplanung (Lph. 3)
- Leistungsstufe 3: Genehmigungsplanung (Lph. 4), Vorbereitung der Vergabe (Lph. 6)
- Leistungsstufe 4: Ausführungsplanung (Lph. 5)

Die Beauftragung und der Planungsbeginn erfolgt vsl. in 02/2024 und endet 01/2030 mit der Erstanmeldung der Sperrpausen bei der DB. Der derzeit geplante Projektverlauf und die vorgesehenen Termine sind unter 4.4 der Projektbeschreibung einsehbar. Die geschätzten Gesamtbaukosten belaufen sich auf rund brutto 331 Mio. €. Die vollständige Projektbeschreibung ist der unter I.3) Kommunikation genannten elektronischen Adresse abrufbar.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7.

Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/02/2024 End: 01/01/2030

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Vergabenummer des öffentlichen Auftraggebers: A0101130005

Der Vertrag wird von der "Die Autobahn GmbH des Bundes (AdB)", Niederlassung Südbayern, Seidlstr. 7-11, 80335 München vergeben.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die Eignungskriterien sind in den Unterlagen "Die Autobahn HVA F-StB Eigenerklärung zur Eignung" und der

"Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung (Detaillierung)" aufgelistet.

Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des

Bewerbers zu III.2.1) nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige, die an die natürliche

Person gestellten Anforderungen erfüllt.

Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines

Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen

Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und

berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen

aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu

tragen oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und/oder der Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere der für die Dienstleistung verantwortlichen Personen durch Nachweis der

- Berechtigung zur Führung einer Berufsbezeichnung (z. B. Ingenieur) durch eine abgeschlossene
- Fachausbildung an einer TU oder FH (oder gleichwertig)
- angemessenen Berufserfahrung von mindestens 3 Jahren.

Ein Bewerber oder ein Bieter ist von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zu zurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist nach: A) § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen, B) § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), C) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), D) den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels), E) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte). F) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. G) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder Haushalte richtet, die von der EG in ihrem Auftrag verwaltet werden. H) § 299 StGB (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes; Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr). I) den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im

Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), J) § 370 der Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. 2) Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber oder Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber oder Bieter bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber oder Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt [§ 123 (1) Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 GWB sowie § 123 (4) Nr. 1 GWB]. Bei Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet [§ 124 Abs. 2 GWB], dass der Bewerber nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt [§ 124 Abs. 3 GWB], das nachweislich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen wurden [§ 124 Abs. 3 GWB], dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde [§ 123 Abs. 4 GWB]. Näheres siehe Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb. Ist der inländische Bewerber eine juristische Person, deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/Planungsleistungen gehören, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch die Erklärung des Bewerbers zu III.2.3) nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Die Eignungskriterien sind den Unterlagen "Die Autobahn HVA F-StB Eigenerklärung zur Eignung" und "Anlage zur

Eigenerklärung zur Eignung (Detaillierung)" aufgelistet.

Ergänzend zu 1. Allgemeine Hinweise der "Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung (Detaillierung)":

Nimmt der Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche

und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so muss er eine Erklärung des anderen Unternehmens zur

gemeinsamen Haftung vorlegen (HVA F-StB Verpflichtungserklärung Eignungsleihe).
Ergänzend zu "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" der Eigenerklärung zur Eignung:
Es ist der ("spezifische") Jahresumsatz des Unternehmens im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren in EUR netto anzugeben.
Es wird ein Mindestjahresumsatz von 3 Mio. EUR gefordert.
Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 3 Mio. EUR und
Deckungssummen für sonstige Schäden von 5 Mio. EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen.
Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden.
Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.
Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.
Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.
Minimum level(s) of standards possibly required:
Ergänzend zu "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" der Eigenerklärung zur Eignung:
Es ist der ("spezifische") Jahresumsatz des Unternehmens im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren in EUR netto anzugeben.
Es wird ein Mindestjahresumsatz von 3 Mio. EUR gefordert.
Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 3 Mio. EUR und
Deckungssummen für sonstige Schäden von 5 Mio. EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen.
Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden.
Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: BauKaG, siehe III.1.1) dieser Auftragsbekanntmachung

III.2.2. Contract performance conditions

siehe Auftrags-/Vergabeunterlagen

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 05/10/2023 Local time: 09:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 06/11/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 05/02/2024

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Formular Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung), Eigenerklärung zur Eignung sowie die Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung (Detaillierung) und Nachweisen; sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabeplattform (<https://vergabe.autobahn.de>) eingestellt. Die Eigenerklärung zur Eignung sowie die Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung (Detaillierung) und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Teilnahmeanträge können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (<https://vergabe.autobahn.de>) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Beschreibungen zur Vorgehensweise bei Teilnahmewettbewerben auf der Vergabeplattform (<https://vergabe.autobahn.de>). Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Bei elektronischem Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) mit Signatur ist der Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) wie vorgegeben digital zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist über die Vergabeplattform (<https://vergabe.deges.de> und <https://bietercockpit.de>) einzureichen. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten

Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

Nicht unterschriebene sowie nicht fristgerechte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus.

Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen.

Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend einzureichen:

- Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung)
- Eigenerklärung zur Eignung inkl. der geforderten Nachweise und Eigenerklärungen: Versicherungsnachweis als gesonderte Anlage, Eigenerklärung über den Gesamtumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags. Eigenerklärung zu innerhalb der letzten 5 Jahre erbrachten vergleichbaren Leistungen (Referenzen). Eintragung in Berufs- oder Handelsregister. Angaben zu §§ 123 bis 125 GWB. Erklärung zur Gewährleistung der Qualität (Zertifikatsnachweis als gesonderte Anlage). Angaben zu Personen mit Funktion, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung. Studiennachweise und sonstige Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübte Tätigkeit zu den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen und Führungskräften als gesonderte Anlage.

Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag, soweit zutreffend, einzureichen:

- Erklärung Bewerbergemeinschaft
- Verzeichnis Nachunternehmerleistungen
- EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer
- Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe)

Folgende Unterlagen sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen:

- Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telephone: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

VI.4.2. Body responsible for mediation procedures

Official name: Die Autobahn GmbH des Bundes

Postal address: Heidestraße 15

Town: Berlin

Postal code: 10557

Country: Germany

E-mail: recht@autobahn.de

Telephone: +49 30640960

Fax: +49 30403680811

Internet address: <https://www.autobahn.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach

Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der

Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist

zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Die Autobahn GmbH des Bundes

Postal address: Heidestraße 15

Town: Berlin

Postal code: 10557

Country: Germany

E-mail: recht@autobahn.de

Telephone: +49 30640960

Fax: +49 30403680811

Internet address: <https://www.autobahn.de>

VI.5. Date of dispatch of this notice

31/08/2023

